Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht. Fremdenliste.
[illegible]
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang. Aufl. 48,500 Stück.

Dresden, 1890.

Dresden **Preuss & Brendecke** Dresden
König-Johannstrasse 3, part. und I. Etg.
Posamenten und **Knöpfe en gros** und **en detail.**
Eigene Anfertigung von Posamenten.

Trink's Fahrräder
als **bestes** Fabrikat anerkannt.
Fabrik: Annenstraße 23/25 (Annenhof).

Wilh. Böhme, Scheffelstr. 6,
empfiehlt sein reichhaltig sortirtes Lager der neuesten
Anzug-, Rock- und Hosen-Stoffe
in besten Qualitäten u. echten Farben einer geneigten Beachtung.

MATTONI's GIESSHÜBLER reinster alkalischer SAUERBRUNN
Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk, erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh.
HEINRICH MATTONI in Giesshübl-Puchstein b. Karlsbad.

Reichste Auswahl von **Corsets**
bester Qualität in allen Preisen, Façons, Weiten, Farben, Stoffen etc.
Heinrich Plaul, Dresden, Wallstr. 12.

Photographie von Hahn's Nachf.
Specialitäten: **Kinder-** und **Gruppen-Aufnahmen,** Visitkarten-Photographien 12 Stück von 6 Mark ab. **Vergrösserungen** nach jedem Bild in künstl. Ausführung bis Lebensgrösse von 40 Mark ab.
Waisenhaus-Strasse Nr. 34,
nahe dem Dippoldiswaldaer Platz.

Nr. 155. Spiegel: Arbeiterschutzgesetzgebung, Deutsch-czechische Ausgleichsverhandlungen. Hofnachrichten, Waarenhäuser, Bauthätigkeit, Buffalo Bill. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. „Antigone". | **Mittwoch, 4. Juni.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Mit dem Zusammentritte des Reichstagsausschusses über die Gewerbegerichte haben die parlamentarischen Arbeiten wieder ihren Anfang genommen. In der angebrochenen Woche hofft man die Regierungsentwürfe soweit fördern zu können, daß der Vollreichstag genügenden Stoff zu Berathungen vorfindet. Mittlerweile tagten und tagen in Berlin mehrere Kongresse und Wanderversammlungen, die zu den sozialen Tagesfragen Stellung nehmen. Der Handwerkertag wendet sich in einer Immediateingabe an den Kaiser, um ihm die mißliche Lage des deutschen Handwerkerstandes vorzutragen und um Abhilfe zu bitten. Immermehr steigern sich ja die Ansprüche einerseits der Gehilfen gegenüber dem selbstständigen Handwerker, andererseits empfindet das Handwerk immer stärker den Druck des übermächtig werdenden Großkapitals. Das selbstständige Handwerk aber stellt ein gutes Stück des Mittelstandes überhaupt dar, dessen Erhaltung ein dringliches Staats- und Gesellschaftsinteresse bedeutet. Der Untergang des Mittel- und Kleinbetriebes im Gewerbe liegt ausschließlich im Vortheile der Sozialdemokratie. Spricht diese doch offen aus: „Ist erst das selbstständige Handwerk beseitigt — mit den paar Schlotjunkern werden wir schon fertig werden." Alles, was im Stande ist, das Handwerk leistungsfähiger zu gestalten, verdient daher regste Unterstützung der Staatsgewalten und der Gesetzgebung. Leider nimmt die neuere Sozialgesetzgebung nur geringe Rücksicht auf das Handwerk; sie bürdet ihm sogar Lasten auf, die ihm äußerst schwer fallen. Das Alters- und Invalidenversicherungsgesetz wird deshalb von den Kleinmeistern wegen der für ihre Gehilfen zu zahlenden Beiträge keineswegs mit sehr günstigen Augen betrachtet. Auch die Verkürzung der Arbeitszeit wird hauptsächlich den Gesellen, weit weniger den Handwerksmeistern selbst zu Gute kommen. „Wer denkt denn an uns?" so hört man manchen Kleinmeister, der sich mit 1, 2 Gesellen sein hartes Stück Brot verdient, fragen und klagen. „Es ist immer nur von den Arbeitern die Rede". Helft dem selbstständigen Handwerk, ehe es zu spät ist! so schloß der Vorsitzende des Handwerkertages seine Ansprache, das Handwerk müsse wieder gesunden, das trage zum sozialen Frieden das Meiste bei. Versage die Gesetzgebung dem Handwerk ihre Unterstützung, so würden immermehr bisher selbstständige Handwerker zu Lohnarbeitern oder gar zu Proletariern gemacht. Nichts verstärke die Sozialdemokratie so sehr, als der Verfall des Kleinhandwerkes. Bisher hätten die gesetzgebenden Körperschaften die Petitionen der Handwerker nur wenig beachtet, allein jetzt wehe ein anderer Wind. Hoffentlich tragen die Verhandlungen des Handwerkertages dazu bei, die Lebenskraft des selbstständigen Handwerkes zu stärken!

Es ist aber nicht blos das Kleingewerbe, das Klagen erhebt, daß die soziale Gesetzgebung einzig auf den Arbeiterstand berechnet sei. Man hat keine Ursache, so führte neulich die Cons. Corresp. aus, gerade den Arbeiterstand zu einer privilegirten, mit besonderer Bevorzugung ausgestatteten Kaste in unserem gesammten Staats- und Wirthschaftsleben herauszubilden. Auch andere Berufskreise arbeiten hart und schwer. Außer den Bauern zählte die Cons. Corresp. als „Männer der härtesten Arbeit" die geistigen Arbeiter auf, nämlich u. A.: die Minister, die höheren Verwaltungsbeamten, die Richter, die tagsüber Recht sprechen und Abends bis in die Nacht ihre Akten studiren, die Gymnasiallehrer in den höheren Klassen, die starkbeschäftigten Aerzte und Rechtsanwälte, die Journalisten u. s. w. u. s. w." Von den geistigen Arbeitern aber ist in den Betrachtungen über soziale Fragen kaum je die Rede, obwohl die geistige Arbeit nachgewiesenermaßen mit einem erheblich größeren Kräfteverbrauch verbunden ist, als die rein körperliche und mechanische. Diese letztere ist in einer großen Anzahl von Betrieben mit großen und handgreiflichen Gefahren für Leben und Gesundheit verbunden, sie umfaßt auch die weitaus überwiegende Mehrzahl von Menschen. Diese beiden Gesichtspunkte reichen allein aus, zu erklären, warum sich die Sozialgesetzgebung hervorragend mit den Handarbeitern beschäftigt und noch wenig Zeit fand, an die Geistesarbeiter zu denken, deren Zahl weit geringer und bei denen die Aufreibung der Arbeitskraft weniger nach außen bemerklich wird. Inwiefern jedoch die Sozialgesetzgebung den Interessen der geistigen Arbeiter dienstbar gemacht werden könne, darüber fehlen bisher alle Andeutungen. Hier Hilfe zu schaffen, ist auch mehr Sache der Schule und der Erziehung. Diese ist zu einseitig. Sie sollte mehr als zeither an die Entwickelung der körperlichen Fähigkeiten der künftigen geistigen Arbeiter denken. Nur eine harmonische Ausbildung der körperlichen und geistigen Kräfte vermag Menschen zu erziehen, welche die Führer ihrer Volksgenossen zu werden bestimmt sind.

Von den 5 Ausgleichsgesetzen, mit welchen der böhmische Landtag befriedigendere Zustände zwischen beiden Nationalitäten schaffen sollte, wird er jetzt nur dasjenige über die Schulen fertigstellen. Alle anderen 4 bleiben bis zum Herbste verschoben. Bis dahin werden die Jungczechen die Aufhetzung ihrer Stammesgenossen fleißig fortsetzen. Es hat sich gezeitigt, daß es nur eines gehörigen Druckes der Regierung auf die Altczechen bedarf, um dieselben zum Halten ihres Wortes zu bewegen. Die Deutschen haben auch bei dem Gesetze über den Landesschulrath großes Entgegenkommen gezeigt. Sie leitet dabei das tiefe Friedensbedürfniß und der patriotische Entschluß, Oesterreich von der dauernden Unterwühlung seiner Kräfte zu befreien, die der Streit der beiden Böhmen bewohnenden Völker herbeigeführt hat. Wenn die Czechen vor 11 Jahren, als sie aus dem Wiener Reichsrath traten, soviele Zugeständnisse seitens der Deutschen erhalten hätten, wie diese ihnen jetzt gewähren wollen, sie wären außer sich vor Freude gewesen. Statt dessen stellen sie die Sache jetzt so dar, als müßte ihre Nationalität Opfer bringen. Jeder Wall, den die Deutschen als eine Bürgschaft ihres nationalen Volksthums fordern, erscheint den Czechen als eine unerträgliche Schranke ihrer Eroberungslust. Die weitvorgeschrittene Czechisirung Böhmens genügt ihnen nicht. Seit 2 Jahrhunderten ist Prag nie so czechisch gewesen, wie dermalen — das geben sie im Stillen zu, aber sie ärgert der Anblick des deutschen Theaters, das Bestehen deutscher Volksschulen und die Universitätsvorträge in deutscher Sprache. Lediglich bei den Altczechen ist noch eine Spur von Gerechtigkeit gegen die deutschen Bewohner Böhmens zu finden. Als Dr. Rieger im Prager Landtag darlegte, daß die Czechen eben mit den Deutschen in Frieden leben müßten, da die Deutschen nun einmal da seien und große Kulturverdienste um Böhmen hätten, wurde er von den Jungczechen geschmäht, gehöhnt und als Verräther seiner Nationalität gebrandmarkt. Man kann sich daher leicht vorstellen, wie die Jungczechen ihre Stammesgenossen in der Zeit bis zum Herbste bearbeiten werden, damit die anderen Ausgleichsgesetze in's Wasser fallen. Unsere deutschen Landsleute müssen unausgesetzt auf den Schanzen sein, sonst entgehen ihnen auch noch die kümmerlichen Erfolge des Wiener Ausgleiches.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 3. Juni.

Berlin. Der Kaiser empfing Nachmittags die Deputation der Vertreter deutscher Industrie- und Handwerkerverbände. Später fand beim Kaiser das Bundesrathsdiner statt. — Die „Königsberg'sche Hartung'sche Zeitung" hatte berichtet, der Kaiser hätte bei seiner Anwesenheit in Königsberg zu den Notabeln dieser Provinz sich dahin ausgesprochen, daß er in nicht zu langer Zeit, vielleicht schon im Herbst 1892, eine Zusammenkunft mit dem Kaiser von Rußland in Königsberg plane. Diese Nachricht entbehrt jeglicher Begründung. — Der Reichstags-Präsident und Landesdirektor v. Levetzow, der bekannte Führer der Konservativen, v. Helldorf-Bedra, und der Präsident des Kammergerichts, Geh. Oberjustizrath Drenkmann sind aus besonderem Königlichen Vertrauen in's Herrenhaus berufen worden. Letzterer wurde zugleich als Kron-Syndikus bestellt. — Die in der Presse umlaufenden Nachrichten über die Neubesetzung der Stelle des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt werden durchweg als willkürlich bezeichnet. — Der geplante große ungarische Juristen-Ausflug nach Berlin unterbleibt und zwar, wie angegeben ward, wegen der feindseligen Artikel, welche die „Kreuzztg." und „Berl. Volksztg." gegen den in Aussicht gestellten Besuch gebracht hatten. — Die Leiche des Erzbischofs Dinder ist heute im Dom zu Posen feierlich beigesetzt worden. Der Kaiser sprach dem Domkapitel telegraphisch sein Beileid aus. — Um den zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung errichteten Versicherungs-Anstalten eine Anleitung zur Aufstellung ihrer Statuten zu geben, sind im Reichsamt des Innern Vorschläge für die Fassung solcher Statuten ausgearbeitet worden, die heute im „Reichsanzeiger" veröffentlicht werden. — Beim Auswärtigen Amt gehen andauernd zahlreiche Gesuche um Verwendung in koloniale Dienste ein. Dieselben können bei dem Mangel an Vakanzen nicht berücksichtigt werden. Auch Anträge auf Ertheilung und Auskunft über die Verhältnisse in dem Schutzgebiete, sowie auch Beihilfe zur Auswanderung oder auf kostenfreie Beförderung nach denselben kann keine Folge gegeben werden. — Die Reichs-Kommission zur Vorberathung der Gewerbe-Ordnungs-Novelle ist heute zusammengetreten. Dieselbe lehnte mit Stimmengleichheit die neue Bestimmung ab, wonach zum Arbeiten an Sonn- und Festtagen die Gewerbetreibenden die Arbeiter nur insoweit verpflichten können, als es sich um Arbeiten handelt, welche nach den Bestimmungen dieses Gesetzes auch an Sonn- und Festtagen vorgenommen werden dürfen. — Fürst Bismarck ist heute früh mit seiner gesammten Familie in Hamburg eingetroffen, woselbst er die Zollanschlußbauten besichtigte. Am 21. Juni wird Fürst Bismarck angeblich in Haag erwartet, von wo aus er sich dann nach London begeben würde. — Ueber das Befinden des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin sind ungünstigere Nachrichten eingegangen. — Bei der morgigen Taufe in Potsdam wird bereits die neue Hoftracht angelegt. Von den fürstlichen Pathen werden folgende persönlich vertreten sein: Der Kaiser und die Kaiserin, der König von Sachsen, die Prinzessin Friedrich Karl, Prinz und Prinzessin Heinrich, die Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen, die Erbgroßherzogin von Oldenburg, Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, Herzogin Adelheid zu Schleswig-Holstein, die Herzogin zu Schleswig-Holstein-Glücksburg, der Herzog und die Herzogin Anhalt, Prinz Albert zu Sachsen-Altenburg und die Erbprinzessin von Reuß j. L.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus trat heute in die 2. Berathung des Sperrgeldergesetzes ein. Dazu lag ein Antrag der 3 Kartell-Parteien vor. Graf Limburg (kons.) erklärte, daß die Antragsteller für das Gesetz nach ihrem Antrag nur dann stimmen würden, wenn auch das Centrum dafür stimmen werde. Die Redner des Centrums, Dr. Windthorst, Rintelen und Dr. Lieber blieben dabei, daß die gesperrten Gelder vom Staate einfach zurückzuzahlen seien. Sie bestritten, daß sich der Papst zu Gunsten des Regierungs-Entwurfes geäußert habe. Dr. Lieber erklärte auch, es handle sich im vorliegenden Falle nicht um eine religiöse, sondern um eine politische Frage, in welcher das Centrum an die Weisungen aus Rom, selbst wenn solche ergangen wären, nicht gebunden sei. Kultusminister Dr. v. Goßler wies dem gegenüber darauf hin, daß Dr. Reichensperger bei der ersten Lesung es als ein Sakrileg bezeichnet habe, wenn das Centrum einer Weisung des Papstes in dieser Frage nicht folgen würde. Weiterberathung morgen.

Frankfurt a. M. Oberbürgermeister Dr. Miquel erklärte gestern auf einem Festbankett, seinem inneren Wunsche nach möchte er bis an sein Lebensende in Frankfurt bleiben. Er habe gar nicht den Wunsch, mehr zu werden, als er sei.

Franzensbad. Ihre Hoheit die regierende Fürstin Milena von Montenegro ist heute mit Gefolge hier zum Kurgebrauche angekommen.

Paris. Louise Michel war am 1. d. festgenommen worden, wurde aber auf ein ärztliches Gutachten, das sie für unzurechnungsfähig erklärte, wieder auf freien Fuß gesetzt. — Der Herzog von Orleans soll dieser Tage über die Schweizer Grenze gebracht werden.

Die Berliner Börse verlief heute in abwartender Haltung mit vorwiegend schwächeren Coursen. Das Geschäft war wesentlich geringer als in den letzten Tagen. Banken setzten durchweg niedriger ein und konnten sich später vorübergehend etwas erholen. Deutsche Bahnen vernachlässigt, österreichische meist etwas abgeschwächt. Spekulative Bergwerke setzten niedriger ein und konnten sich dann etwas befestigen. Fremde Renten ruhig und wenig verändert. Später erfuhren Banken und Bergwerke weitere, wenn auch nicht erhebliche Rückgänge, während sich Renten und Eisenbahnen besser behaupten konnten. Dux-Bodenbacher auf große Spekulationskäufe bevorzugt. Im Kassaverkehr Banken still und schwächer, Dresdner verloren 2,75 Proz. Eisenbahnen ruhig, Bergwerke und andere Industriepapiere schwach, österreichische Prioritäten fest. Privatdiskont 3¼ Prozent. Nachbörse ruhig. — Wetter: vorwiegend bedeckt, etwas wärmer. S.-W.-Wind.

Frankfurt a. M. (Abendb.) Credit 265,50. Staatsb. 199,75. Lomb. 120,50. Galizier 174,25. Egypter 93,25. 4proc. Ung. Goldr. 90,40. Disconto 221,00. Dresdn. Bk. 156,20. Laura 139,40. Gelsenkirchen —,—. Fest.

Paris. (Schluß.) Rente 91,62. Anleihe 106,45. Italiener 97,40. Staatsbahn 500,00. Lombarden 308,75. do. Prioritäten —. Spanier 77,50. Egypter 496,62. Ottomanen 508,75. Escompte 610,00. Fest.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Juni 25,60, per Septbr.-Decbr. 23,70, behauptet. Spiritus per Juni 36,75, per September-December 37,75, fest. Rüböl per Juni 69,50, per September-December 66,50, still.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per November 198. Roggen per October 120.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der König kehrt Donnerstag früh 1 Uhr von Berlin nach hier zurück und begiebt sich unverzüglich vom Leipziger Bahnhofe nach der Villa in Strehlen. Am Vormittag desselben Tages wohnt Se. Majestät der Frohnleichnamsfeier in der katholischen Hofkirche bei.

— Se. Königl. Hoheit Generalfeldmarschall Prinz Georg hat sich vorgestern Abend nach Rochlitz begeben und den gestern daselbst abgehaltenen Eskadrons-Besichtigungen des 2. Ulanen-Regimentes Nr. 18 beigewohnt.

— Se. Königl. Hoheit Prinz Friedrich August wurde zum Bataillons-Kommandeur im Schützen-Regiment „Prinz Georg" Nr. 108 ernannt.

— Oberst z. D. v. Globig erhielt das Komthurkreuz des Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Hausordens; die zu diesem Orden gehörige goldene Verdienst-Medaille erhielt der Stabstrompeter Lorbeer des Karabinier-Regimentes.

— Es wurden der Zeug-Premierleutnant Kleiner zum Zeug-Hauptmann, der Zeug-Leutnant Hähle zum Zeug-Premierleutnant und der Zeug-Feldwebel Wolke zum Zeug-Leutnant befördert.

— Heute haben sich der Präsident des evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums v. Berlepsch, sowie der Vice-Präsident Oberhofprediger D. Meier nach Eisenach begeben, um daselbst in Vertretung des sächsischen Kirchenregiments den Berathungen der in diesem Jahre wieder zusammentretenden deutschen evangelischen Kirchenkonferenz beizuwohnen.

— Die Arbeiterin Amalie Marie Hauswald des Zoologischen Gartens hier erhielt von der Königl. Kreishauptmannschaft ein Belobigungsdekret ertheilt.

— Um den Eigenthümern der bei der Finanzhauptkasse, Abtheilung für Kautionen und Depositen, hinterlegten, in der Zeit vom 2. Juni bis mit 12. Juli d. J. bei der Staatsschuldenbuchhalterei hierselbst zur Umwandlung in 3½prozentige Staatspapiere gelangenden 4proz. Staatsschuldenkassenscheine von 1852/68 und 1867 Weiterungen zu ersparen, ist das Finanzministerium bereit, diese Umwandlung durch die Finanzhauptkasse vornehmen zu lassen, wenn seitens der Deponenten hiergegen bis zum 30. Juni d. J. kein Widerspruch erfolgt.

— Durch die Begründung von besonderen Waarenhäusern für Beamte oder Offiziere, wie sie in Berlin und an anderen Orten stattgefunden hat, ist in den Kreisen der kleineren Händler eine nicht durchaus unbegründete Besorgniß hervorgerufen worden. Von vornherein allerdings muß man sich klar sein, daß ein gesetzliches Einschreiten gegen dieselben unmöglich ist, solange die vorgeschriebenen Bestimmungen von den Gründern derselben, in den meisten Fällen Aktiengesellschaften, beobachtet werden. Dieser Standpunkt ist nicht nur von dem Bayrischen Abgeordnetenhause und den Handels- und Gewerbekammern in München festgehalten worden, sondern auch die Thüringischen Regierungen haben erklärt, daß sich gegen Waarenhäuser auf Grund der bisher geltenden Bestimmungen nichts unternehmen lasse. Auch in der Handelskammer in Leipzig wurde über diesen Gegenstand verhandelt, sie mußte sich jedoch gleichfalls der angedeuteten Ansicht anschließen. Diese Körperschaft hat sogar den Wunsch der Jenaer Kammer, die Regierungen möchten die Beamten vor der Betheiligung warnen, weil dadurch „Mißtrauen zwischen den Vertretern der Staatsgewalt und einer großen Masse des staatstreuen Bürgerthums erzeugt werden könnte", sich nicht zu eigen gemacht, ihren abweichenden Standpunkt jedoch in einem längeren Schriftstück begründet, in dem sie einige Punkte berührt, mit denen ihrer Ansicht nach die vielfach mißliche Lage des Detailhandels in Verbindung steht. Sie erwähnt die Consumvereine, deren Geschäftsbetrieb oft über die ihnen durch die ursprünglichen Zwecke des Vereins vorgezeichneten Grenzen hinausgehe, meint aber, daß mit der von einigen Seiten geforderten Besteuerung der Consumvereine nichts werde erreicht werden; sie bringt sodann eine Ausführung, die, wenn sie auch in dem einen oder anderen Punkte anfechtbar ist, doch Beachtung verdient: „Wir müssen", heißt es, „hierbei noch auf einen anderen Umstand aufmerksam machen, welcher einer Besserung der Verhältnisse des Kleinhandels, zum Theil auch des Handwerkes im Wege steht; das ist die übermäßige Anzahl kleiner Verkaufsgeschäfte. Man sehe sich nur in einer Stadt wie Leipzig um: nicht blos in der inneren Stadt, sondern hier und da bis weit hinaus in die Vororte drängt sich Laden an Laden. Ist es nur überhaupt denkbar, daß alle diese Geschäftsbetriebe den darauf lastenden Aufwand an Miethe, Heizung und Beleuchtung, Löhnen, Verzinsung des Anlage- und Betriebskapitals u. s. w. tragen und dabei doch die Preise so niedrig stellen können, um den Wettbewerb auszuhalten? Vor Allem könnte die Arbeit, welche von den Verkäufern in den kleinen Läden geleistet wird, bei einer zweckmäßigen Vereinigung wohl zu einem Drittel oder Viertel, vielleicht mit noch weniger Bruchtheilen der dazu verwandten Kräfte bestritten werden. Hieraus folgt freilich zugleich, daß dieser Zustand sich nicht beseitigen läßt, ohne zahlreiche Kräfte wenigstens zeitweise brach zu legen, aber jedenfalls ist es dringend nöthig, zur Vorsicht bei der Anlegung neuer Verkaufsgeschäfte zu mahnen, wobei noch darauf hingewiesen werden mag, daß in anderen Ländern eine solche Ueberzahl kleiner Geschäfte nicht besteht. In dieser Beziehung könnten die Gewerbevereine eine sehr heilsame Thätigkeit entfalten." Die Mahnung zur Vorsicht bei der Anlage neuer Geschäfte ist sehr am Platze und wird leider zu oft außer Auge gelassen. Daß die kleinen Geschäfte sich gedeihlich entwickeln, daran muß uns Allen gelegen sein.

Friedrich & Glöckner,
Zwingerstr. 15, Schäferstr. 74 und Löbtau.
Spec.-Geschäfte f. Lacke, Firnisse u. Farbewaaren, eigene Fabrikation.